

1. Herausforderungen kommunaler Sozialpolitik
2. Ziele und Rahmenbedingungen
3. Aufgaben einer kooperativen Sozialplanung
4. Erste Schritte

1. Herausforderungen kommunaler Sozialpolitik

Gute Sozialpolitik nützt allen Bewohnerinnen und Bewohnern von Marburg, auch wenn sie nicht explizit Zielgruppe einer bestimmten sozialpolitischen Maßnahme sind. Soziale Leistungen in der Kommune sind ein Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität für alle. Sozialleistungen sind keine Almosen für Bedürftige. Soziale Infrastruktur steht allen zur Verfügung und sie schafft Sicherheit für Einzelne und das Gemeinwesen. Gerechtigkeit und gutes Leben für alle sind ohne eine stabile soziale Infrastruktur nicht vorstellbar. Unser Anspruch ist es, dass alle Menschen in Marburg in jeder Lebenslage menschenwürdig und selbstbestimmt umfassend am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Teilhabechancen dürfen daher auch nicht abhängig von gesellschaftlich erwünschtem Verhalten sein. Die Gleichwertigkeit kultureller Erfahrungen und vielfältiger Lebensweisen sind selbstverständlich. Die soziale Infrastruktur spiegelt dies wider und vermittelt damit auch, dass die Verschiedenheit von Menschen und Kulturen mitgedacht und erwünscht ist.

Allerdings ändern sich nicht allein wissenschaftlicher Erkenntnisstand und innovative Angebote, sondern auch der aus gesellschaftlichen Entwicklungen abzuleitende Bedarf. Angesichts wachsender gesellschaftlicher Spaltung, der Folgen des demografischen Wandels, der Anforderungen einer Einwanderungsgesellschaft, noch immer erheblicher (Langzeit-) Arbeitslosigkeit und wachsendem Niedriglohnsektor, der Beschleunigung und Verdichtung in der Arbeitswelt und daraus resultierender Überforderung sowie zunehmender Individualisierung, um nur wenige Schlagworte zu nennen, sehen wir uns großen Herausforderungen an die Sozialpolitik zur Sicherung gleicher Teilhabechancen gegenüber.

Nachhaltige kommunale Sozialpolitik überwindet rechtliche Versäulung, ohne sie aufzuheben. Neben der Orientierung an individuellen Ressourcen hat der Bereich der Prävention einen hohen Stellenwert. Insbesondere die vielfältigen Beratungsangebote dienen der Stärkung persönlicher Kompetenzen zur Problembewältigung. Präventions- und Beratungsangebote bilden eine Grundlage für gute Lebensbedingungen in der Stadt. Die Qualität und die Erreichbarkeit der Angebote spielen eine wichtige Rolle.

Die Universitätsstadt Marburg zeichnet sich durch eine differenzierte, über viele Jahre gewachsene soziale Infrastruktur aus. Diese ist das Ergebnis einer hohen Innovationsfähigkeit von Verwaltung, freien Trägern, eines besonderen Stadtklimas sowie eines kommunalpolitischen Grundkonsenses, der die Förderung des guten Miteinanders als eine der zentralen Aufgaben der Kommune anerkennt. Im Zusammenwirken von öffentlichen Angeboten, freien Trägern der

Wohlfahrtspflege und weiteren Akteuren sind reichhaltige und differenzierte Angebote entstanden, deren Strukturen und Zusammenhänge nicht systematisch erfasst sind. Zugleich unterliegt diese Angebotslandschaft einer hohen eigendynamischen Entwicklung.

2. Ziele und Rahmenbedingungen

Es ist zu fragen: Welche neuen oder geänderten Bedarfe werden wie identifiziert? Wie und durch welche Weiterentwicklung der bestehenden vielfältigen Angebots- und Infrastruktur kann das Ziel einer größtmöglichen Teilhabe und Chancengleichheit für alle Menschen in der Universitätsstadt Marburg erreicht werden?

Neben dem Wissen der Verwaltung soll die Expertise der freien Träger, Kirchen, Sozialpartner*innen und der Expert*innen in eigener Sache in eine strategisch ausgerichtete Sozialplanung einbezogen werden. Die Kommunikation unter den verschiedenen Expert*innen muss auf Augenhöhe erfolgen. Aufgrund der differenzierten vielfältigen Trägerstruktur gibt es in Marburg ein hohes Potential an Kenntnissen und Qualifikationen, aber auch an Impulsen zu einer fachlich guten Weiterentwicklung der sozialen Arbeit in Marburg. Dieses Expertenwissen fließt bereits in zahlreiche Gremien der Stadt und soll im Rahmen eines Konzepts der kooperativen Sozialplanung noch gezielter nutzbar und stärker verknüpft werden. Darüber hinaus bedarf es einer engen Zusammenarbeit mit und unter den Kostenträgern wie den örtlichen und überörtlichen Trägern der Sozialhilfe, Eingliederungshilfe und Jugendhilfe, Landkreis und Landeswohlfahrtsverband, Arbeitsagentur und KreisJobCenter, Sozialversicherungs- und Rehabilitationsträgern etc. Es ist zu berücksichtigen, dass die ausgeprägte und gut vernetzte soziale Infrastruktur der Universitätsstadt Marburg in die gesamte Region hineinwirkt.

Für eine sinnvolle Betrachtung der sozialen Infrastruktur kommt es dabei nicht darauf an, auf welchen Wegen die Finanzierung sozialer Angebote und Leistungen erfolgt. Ziel muss es vielmehr sein, die Gesamtheit der Angebote in einem Gesamtzusammenhang zu sehen. Im Zentrum steht immer der Mensch.

Kooperative Sozialplanung ist den **Zielen kommunaler Sozialpolitik** verpflichtet:

- Der Teilhabe für alle: gerechte Förderung, Unterstützung und Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen
- Der Berücksichtigung alter und neuer gesellschaftlicher Herausforderungen
- Dem Vorhalten einer sozialen Infrastruktur, die
 - sich am Bedarf der Menschen orientiert,
 - die Persönlichkeitsrechte wahrt,
 - Prävention und Intervention sicherstellt,
 - Pflichtleistungen erfüllt,
 - selbstbestimmte Teilhabe und Inklusion ermöglicht,
 - diverse Lebenswelten und das soziale Miteinander fördert.

Um den Zielen kommunaler Sozialpolitik gerecht zu werden, sind u.a. folgende **Rahmenbedingungen** notwendig:

- Transparenz und Begründetheit der Schwerpunktsetzungen
- Eine kontinuierliche Optimierung des Ressourceneinsatzes, um mit den eingesetzten Mitteln bestmögliche Wirkungen zu erreichen

- Die Beteiligung von Fachexpert*innen sowie Expert*innen in eigener Sache an der Gestaltung kommunaler Sozialpolitik
- Die Berücksichtigung des Prinzips der Subsidiarität
- Die Schaffung tragfähiger und verlässlicher vertraglicher Grundlagen mit freien Trägern sozialer Arbeit

3. Aufgaben einer kooperativen Sozialplanung

Die Aufgabe kooperativer Sozialplanung besteht darin, Politik dabei zu unterstützen, ihre sozialpolitischen Zielsetzungen zu erreichen. Kommunalpolitik stellt fest, welche sozialpolitischen Ziele für Marburg erreicht und welche Schwerpunkte gesetzt werden sollen und welche Ressourcen dafür bereitgestellt werden. Sozialplanung erfasst einerseits systematisch die sozialen Bedarfe und zeigt andererseits die Wege auf, wie die Ziele erreicht und die Bedarfe gedeckt werden sollen und wie die Zielerreichung festgestellt wird. Sie findet kooperativ auf Augenhöhe zwischen allen Beteiligten – Politik, Verwaltung, Trägern, Betroffenen und Bürger*innen – statt.

Kooperative Sozialplanung versteht sich als System eines partizipativen Miteinanders. Sie wird nicht exklusiv von einer Gruppe geleistet. Vielmehr findet sie bereits heute in vielen Arbeitsgruppen, Gremien und Netzwerken statt. Diese gilt es zu systematisieren und miteinander in Kommunikation zu bringen.

Aus den Zielen kommunaler Sozialpolitik und den für die Zielerreichung notwendigen Rahmenbedingungen ergeben sich folgende **Aufgaben kooperativer Sozialplanung**:

- Die Ermittlung von Bedarfen und Problemlagen der Menschen sowie neuen Herausforderungen
- Die Analyse von soziodemographischen Daten sowie qualitativen Erfahrungen der Expert*innen aus Verwaltung und Praxis
- Die Entwicklung von Lösungs- und Handlungsstrategien unter Beteiligung der Expert*innen aus Verwaltung und Praxis
- Vorschläge zur Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur
- Die Entwicklung fachlicher Qualitätskriterien für eine Beurteilung von sozialen Angeboten
- Die Herstellung von Transparenz der Mittelvergabe auf der Grundlage der abgestimmten verbindlichen fachlichen Qualitätskriterien
- Die Überprüfung von Wirksamkeit im Hinblick auf die Zielerreichung für die Menschen
- Die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips durch Vorrang der Erbringung sozialer Dienstleistungen durch frei-gemeinnützige Träger
- Die Entwicklung von vertraglichen Grundlagen mit freien Trägern sozialer Arbeit
- Die Beratung von politischen Entscheidungsträgern

Dazu ist es notwendig, ein Konzept für eine kooperative Sozialplanung zu erstellen. Das **Konzept kooperativer Sozialplanung** muss mindestens folgende Punkte regeln:

- die Strukturen kooperativer Planung
- die Einbindung von Fachexpert*innen und Expert*innen in eigener Sache
- die Struktur des Austauschs mit politischen Entscheidungsträger*innen

- die Aufgaben der verschiedenen Beteiligten (z.B. Planung: Lieferung von Daten, Träger: Wirksamkeitsüberprüfungen ...)
- die Steuerung des Prozesses

4. Erste Schritte

Kooperative Sozialplanung erfordert als erste Schritte

- Eine Beschreibung der Ziele kommunaler Sozialpolitik (Leitbild)
- Eine systematische Erfassung der sozialen Infrastruktur in der Kommune
- Die Erfassung bestehender Ansätze kooperativer Sozialplanung
- Das Angehen aktueller Herausforderungen in einem kooperativen Prozess

Um den Prozess kooperativer Sozialplanung anzustoßen und zu regeln, wurde eine **Steuerungsgruppe** gegründet. Diese hat die Aufgabe, den Weg zu einer kooperativen Planung zu gestalten. In der Steuerungsgruppe sitzen neben den politischen Entscheidungsträgern die Planer und Planerinnen in der Sozialverwaltung der Stadt sowie Experte*innen aus verschiedenen Handlungsfeldern.